

Zeitschrift: Der klare Blick
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 1 (1960)
Heft: 43

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die als Dokumentationsunterlage dienende Bibliothek im Zentralsekretariat wird ständig ausgebaut und umfasst zurzeit etwa 800 Werke, die zum Teil ständig in Zirkulation gehalten werden.

Der elastische Rahmen

der Vereinigung, welcher den einzelnen Mitgliedern grosse Freiheit lässt, erlaubt das Erfassen aller Volksschichten, aller politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gruppen gemäss der föderalistischen Struktur unseres Landes. In jedem Lager, das die schweizerischen Werte hochhält, zählt der SAD Persönlichkeiten, welche dem Gedanken der geistigen Landesverteidigung dienen. Die Wirkung geht damit noch beträchtlich über das in den verschiedenen Veranstaltungen Geleistete hinaus und lässt sich in dieser erweiterten Sphäre nicht mit Zahlen belegen.

Die Festigung des nationalen Bewusstseins darf heute nicht zu eng interpretiert werden. Sie gehört zum gemeinsamen Anliegen der freien Welt.

Der Leitende Ausschuss setzt sich gegenwärtig wie folgt zusammen: Oberst H. A. Huber, Frauenfeld (Präsident); Nationalrat Redaktor Peter Dürrenmatt, Riehen (Vizepräsident); Georg Jäger, Jenins (Kassier); Frau A. Büchli-Sauter, Küsnacht ZH; Frau Dr. M. Henrici, Zürich; Prof. Dr. O. K. Kaufmann, St. Gallen; Werner Peyer, Bern.

Schule

Sowjetunion

Moskaus Kinder träumen

von Frieden und technischem Fortschritt, wenn man einen Artikel über Schüleraufsätze in der «Literaturnaja Gaseta» glauben darf.

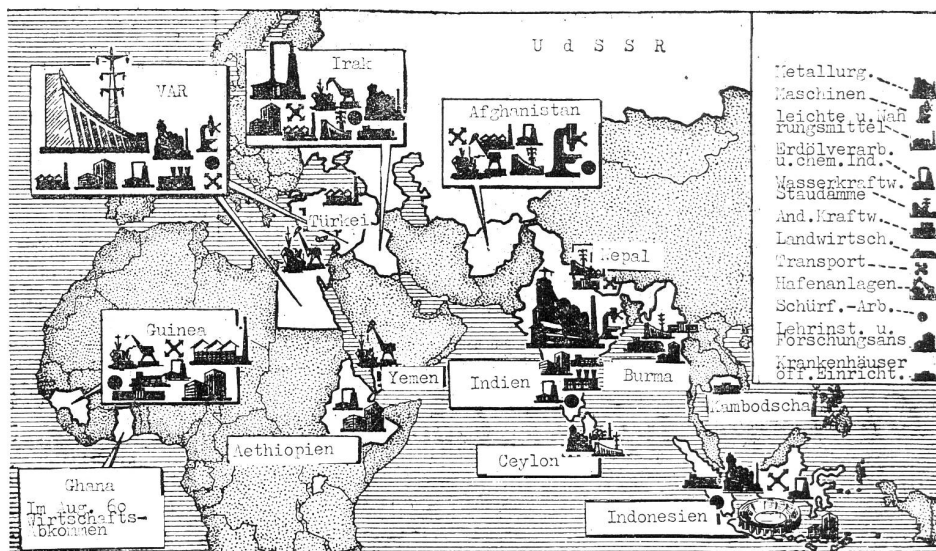
Eine Moskauer Lehrerin liess ihre Schüler, dreizehnjährige Mädchen und Buben, darüber schreiben, was, im Fall sie wünschen dürften, sie sich würden wünschen wollen.

Ein Mädchen möchte möglichst rasch erwachsen sein und ein Buch schreiben, um alle Menschen der Erde, gute und böse, für Frieden und Freundschaft zu gewinnen. Sie würde auf Grönland und in der Sahara Fruchtgärten anlegen und den Kosmos erobern. «Aber», führt das Mädchen gut belehrt hinzu, «ich lebe ja in der Sowjetunion, und hier bedarf es keiner Magie, um solche Träume Wirklichkeit werden zu lassen.»

Ein Junge interessiert sich vor allem um grosszügige Verkehrsplanung, die nicht nur Passagierflugzeuge von 3000 km/h Reisegeschwindigkeit, sondern auch Tunnels unter der Meerenge von Gibraltar, dem Aermelkanal und dem Bosphorus vorsieht. Das alles würde der Völkerverständigung dienen. Den Anhängern des Kalten Krieges sei auf dem Mond oder dem Mars ein geeigneter Tummelplatz zu schaffen. (So ungefähr sagt das der Schweizer auch, nur zu ein bisschen andern Leuten.)

Auf die gleiche, liebe, altklug-linientreue Art träumen auch die andern Kinder, wenigstens, wenn sie es aufsatzhalber müssen.

Von dieser braven Gleichschaltung sticht immerhin ein pausbäckiger Kinderwunsch ab: Ein Bub, wahrscheinlich der kleinste der Klasse, möchte einen Pilz finden, so gross wie ein Haus, und einen Fisch angeln, so gross wie ein Wal, um seinen Kameraden zu imponieren. Dir, Genji Galchin, gehört unsere Sympathie.



Wirtschaft

UdSSR

Die sowjetische Entwicklungshilfe in Asien und Afrika

Mit dem Hinweis auf ein Wort Chruschtschews, welches die «Selbstlosigkeit» der Wirtschafts- und Entwicklungshilfe der UdSSR an Asien und Afrika betont, veröffentlichte die «Prawda» am 4. November das beiliegende Karten-Diagramm, welches die wichtigsten Zweige der sowjetischen Hilfe zeigt.

Müssen solche Darstellungen und Angaben aus Ostblockstaaten auch mit einer gewissen Vorsicht bewertet werden, so bilden sie doch einen Beweis dafür, dass die Sowjetunion bereit ist, das «Rennen um die Entwicklungsländer» nicht nur auf breiter Basis mitzumachen, sondern eines Tages auch zu gewinnen. Sie machen den Westen aber gleichzeitig auch darauf aufmerksam, wie dringend sein eigener Einsatz in den genannten Gebieten geworden ist. Eine Forderung, die immer mehr begriffen wird und verstanden werden muss.

Es darf in diesem Zusammenhang allerdings nicht verschwiegen werden, dass der Westen sich in seinen Leistungen ebenfalls sehen lassen darf. Aber es muss ein Mehreres getan werden. Im «klaren Blick» wurde in Nr. 35 unter dem Titel «Die Ware geschickter verkaufen» bereits an Zahlenmaterial nachgewiesen, dass z. B. die USA seit 1955—1959 beinahe 7 Milliarden, die UdSSR dagegen nur 4,8 Milliarden Dollar in die Entwicklungsländer «steckten».

Die «Prawda» interpretiert die Darstellung der sowjetischen Entwicklungshilfe, kurz zusammengefasst, wie folgt:

«Die Sowjetunion hat dieses Jahr zwei wichtige Verträge mit asiatischen Ländern unterzeichnet (Kredite an Indien) und eine Vereinbarung über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit mit Indonesien (Kredit eine Milliarde Rubel).

Eines der grössten Hilfswerke stellt dasjenige an das Bilhai-Stahlwerk in Indien dar. Ferner wurden in den Gebieten Kambay und Anklenschwar nützliche Erdölvorkommen und in Jawalamuka Erdgas entdeckt. Aus den Beiträgen der UdSSR an den Uno-Fonds für technische Hilfe wurde in Bombay ein Technisches Institut für die Ausbildung von 1200 Studenten und 600 Aspiranten mit modernster Ausrüstung ausgestattet.

1957—1960 wurden in Afghanistan 15 verschiedene Produktionsunternehmungen gebaut und in Betrieb genommen, und in nächster Zeit wird in Burma ein Technologisches Institut für 1000 Studenten und 100 Aspiranten, ein 250-Zimmer-Hotel und ein 200-Betten-Spital in Rangoon in Betrieb genommen. In Kambodscha wurde ein 500-Betten-Krankenhaus mit Poliklinik erstellt und mit sowjetischen Einrichtungen ausgestattet und die kambodschanische Regierung als Geschenk übergeben. In Yemen ist die erste Anlegestelle des Hafens Hodeida dem Schiffverkehr übergeben worden.»

Dass sich auch die übrigen Ostblockländer immer intensiver mit der Entwicklungshilfe beschäftigen, ist keine Neuigkeit. Ein Hinweis mehr auf diese Erscheinungen sind u. a. auch die Ausführungen des Rektors der Technischen Hochschule in Prag («Rude Pravo», 2. November 1960), der die Ausbildung von Fachleuten für die Entwicklungsländer als eine der wichtigsten Aufgaben der tschechoslowakischen (wie auch der ostdeutschen) Hochschulen bezeichnete. Es sei vorgesehen, die Zahl ausländischer Studenten an diesen Instituten bis 1980 zu verdreifachen.

Politik

Kenya

Fehden zum Auftakt

Die kommenden Februarwahlen von Kenya, die der farbigen Bevölkerung erstmals die Parlamentsmehrheit bringen werden, haben bereits Todesschatten vorausgeworfen. Und das im gleichen Augenblick, da der Kolonie auf ihrem Weg zur Autonomie erstmals ein einheimischer Chefminister (auf der Kolonialstufe dem Regierungschef eines unabhängigen Staates entsprechend) in Aussicht gestellt wurde.

Der blutige Ausgang eines Parteitreffens in Ngong bei Nairobi, wo ein Kikuyu-Stammesangehöriger von einem Masai-Krieger mit dem Speer getötet wurde, hat eingeschlummerte Gefahren wieder akut gemacht. Zu Beginn der Woche vom 5. November wurden die schwersten Spannungen

gen seit der Zeit des Mau-Mau-Aufstandes festgestellt. Erneut zeigte es sich, dass die Frontlinien bei den Parteikämpfen und den immer drohenden Stammesfehden weitgehend gleich verlaufen.

Von den zwei grossen Parteien, die sich für die kommenden Wahlen rüsten, setzt sich die Kenya African National Union (KANU) wenigstens in ihren führenden Gremien zur Hauptsache aus Mitgliedern der Kikuyu- und Luo-Stämme zusammen. Zu ihrem Parteiprogramm gehört es, den Masai alte Landvorrechte, auf Sonderverträge mit den Briten beruhend, streitig zu machen.

Wohl wirken die Masai, ein stolzer Stamm mit kriegerischen Traditionen, aber rückständig und als Bevölkerungsteil zurückgehend, in der modernen Entwicklung des Landes nahezu als Anachronismus, aber diese anpassungsfeindliche «Aristokratie» geniesst immer noch viele Sympathien. Der Vertretung ihrer politischen Interessen hat sich weitgehend die zweite grosse Partei angenommen, die Kenya African Democratic Union (KADU). Zwischen den Masai und Kikuyu bestand früher mehr oder weniger ein normaler Fehdezustand.

Die KANU eröffneten ihren Wahlfeldzug mit einer Versammlung in traditionellem Masai-Territorium. Zwischen ihren 5000 Mitgliedern und etwa dreissig Masai-Angehörigen kam es dann, anscheinend auf beidseitige Provokationen, zu einem Handgemenge, bei dem die Masai zu den Speeren griffen. Der Zwischenfall wurde von der KANU zu Beschuldigungen der KADU ausgeschlachtet, und da die Polizei die Versammlung mit Tränengas aufgelöst hatte, wurde mit der Bildung eines eigenen Sicherheitskorps gedroht — was ernstliche Wirren auslösen würde.

Unterdessen hat sich die drohende Krise zwischen den Parteien wieder besänftigt. Am Tage nach dem Vorfall kehrten die zwei obersten KADU-Parteiführer aus London zurück. Wie sie sagten, brachten sie von Kolonialminister Macleod die Zusage mit, dass nach den Wahlen die Möglichkeit bestünde, die internen Angelegenheiten durch einen einheimischen Chefminister, statt wie bisher durch einen «Chief Secretary» (einen britischen Kolonialbeamten) verwalten zu lassen. Eine entsprechende Verfassungsänderung könne vorgenommen werden. Diese Botschaft muss gerade der KANU willkommen sein, denn sie erstrebt baldige Besprechungen über den Zeitpunkt der völligen Unabhängigkeit der Kolonie an.

Vorläufig scheint der Burgfrieden zwischen Parteien und Stämmen gerettet. Aber es braucht wenig, um das mottende Feuer wieder zu entfachen.

Singapur Li und Malaya

Li Kwan-ju, der Ministerpräsident des städtischen Inselstaates am Südpol der malakischen Halbinsel, hat eindeutig gegen eine allfällige Uno-Protektion Stellung bezogen und erneut die Eingliederung Singapurs in die Malayische Föderation verlangt.

Li, selbst ein Chinese, der vor 17 Monaten von einer anticolonialistischen Welle getragen zur Macht gelangte, hat heute seiner kapitalfreundlichen Politik wegen im Innern vor allem mit der Linksopposition zu rechnen.

Die Anregung, die ehemalige britische Kronkolonie zum internationalen Territorium unter Uno-Aufsicht und gar als Hauptsitz der Vereinten Nationen zu erklären, war vor zwei Wochen vom ehemaligen Chefminister David Marshall unterbreitet worden.

Das Geschehen im Kongo als abschreckendes Beispiel hinstellend, wies Li nicht nur den Schutz der Uno, sondern auch irgendwelche Formen der Unabhängigkeit unter internationalen Garantien zurück. Singapur gehöre ungeachtet seiner von Grossbritannien künstlich gezogenen Grenzen zu Malaya.

Nur ein Sechstel der anderthalb Millionen Einwohner Singapurs sind Malayen. Der Grossteil der Bevölkerung besteht aus Chinesen. Das ist der Grund, weshalb in Kuala Lumpur kein allzu lebhaftes Interesse an diesem Gebietszuwachs besteht, der das Rassenverhältnis zugunsten der Chinesen verändern würde.

Singapur wurde 1958 ein selbstregierender Commonwealth-Staat, dessen Aussenpolitik allerdings von Grossbritannien geleitet wird (weshalb denn auch die Londoner «Times» aussenpolitische Äusserungen Lis als deplaciert und unzulässig tadelt).

Der von Grossbritannien opponierte Anschluss an die Malayische Föderation gehörte von Anfang an zu Lis Regierungszielen. Konsequenterweise erhob er auch die Sprache der malayischen Minderheit zur Amtssprache. Die Eingliederungspolitik wird jetzt wieder verstärkt diskutiert, da in letzter Zeit innerhalb und ausserhalb Singapurs verschiedene andere Lösungen vorgeschlagen wurden.

Im übrigen bietet die Regierungszeit Lis das Beispiel einer Linkswelle, die sich in eine prowestliche Politik gewandelt hat. Der 37jährige, in Cambridge ausgebildete Staatsmann siegte letztes Jahr an der Spitze seiner Volkspartei und liess vorerst die Bilder der englischen Königin entfernen.

Zur Konsolidierung seines Regimes liess er sich dann aber durchaus von sachlichen

Erwägungen zur Prosperität des Landes leiten. Er förderte die Privatwirtschaft, gewährte neuen Industrien einen fünfjährigen Steuererlass, beschnitt die Macht der Gewerkschaftsführung und nennt heute die Kommunisten seine Feinde.

Lis Regierungsweise ist in Südostasien als nüchtern, puritanisch und kompetent bekannt. Aber viele kommunistenfreundliche chinesische Parteifreunde dürften ihm eine verräterische Haltung vorwerfen. Immerhin sitzt er vorläufig noch fest im Sattel und scheint sich weder von der kommunistischen Opposition im eigenen Staat noch von staatsbürgerlichen Belehren aus Merry Old England beeindruckten zu lassen.

Ideologie

Indien

Maoismus wird stärker

Im ideologischen Konflikt zwischen Chruschtschew und Mao im Moskauer Parteitreffen geht es auch um den Einfluss in Indien. Peking will unmittelbare Revolution, Moskau sieht sein Interesse in der Beibehaltung eines neutralen Indiens unter weiterem Ausbau der KP.

Der maoistische Flügel des internationalen Kommunismus hat in den letzten Monaten seinen Anhang unter den indischen Kommunisten sehr stark vergrössert. Die Gefahr besteht, dass diese Fraktion, die auf dem Wege der Gewalt an die Macht gelangen will, die Führung der Partei übernimmt. Die im Westen noch weitverbreitete Ansicht, die indischen Kommunisten seien durchaus Pazifisten und Verführer der Moskauer Koexistenzpropaganda, trifft nicht zu.

Besonders stark vertreten sind die indischen Maoisten im östlichen Ausläufer der Nation, Brahmaputra, mit seiner langen Grenze gegen China, ferner auch im westlich von Pakistan gelegenen Westben-galen. Auch hier wäre im Falle einer re-

Das neue Gesicht Afrikas: Kongo



Kongogebietes, das bis dahin ein Teil Deutsch-Afrikas war.

Unabhängigkeit: 30. Juni 1960.

Republik: Staatspräsident Joseph Kasavubu, Ministerpräsident Patrice Lumumba. (Durch den von Oberst Mobutu eingesetzten Rat der Volkskommissare bis Ende 1960 «neutralisiert».)

Bodenfläche: 2,3 Mill. Quadratkilometer.

Einwohner: zirka 13,75 Millionen.

Hauptstadt: Léopoldville.

Der Kongo setzt sich aus sechs Provinzen zusammen: Aequator (Hauptstadt Coquilhatville), Kasai (Hauptstadt Lusambo), Katanga (Hauptstadt Elisabethville), Kivu (Hauptstadt Costermansville), Léopoldville (Hauptstadt Léopoldville) und Ostprovinz (Hauptstadt Stanleyville).

Währungsparität: 1 Kongo-Franc = 1 belgischer Franc (Mitglied der belgischen Franc-Zone. Provisorische Aufrechterhaltung der Wirtschafts-, Währungs- und Zollunion mit Ruanda-Urundi.

Wichtigste Landesprodukte: Kaffee, Kakao, Oelsaaten, Kautschuk, Diamanten, Kupfer, Zinn, Zink, Uranerz, Kobalt.

Das Kongogebiet wurde 1885 vom belgischen König Leopold II. erworben. Nach seinem Tode ging es 1908 als Kolonie an den belgischen Staat über und wurde einem Generalgouverneur unterstellt. 1919 kamen Ruanda und Urundi als Völkerbundsmandate unter die Verwaltung des

volutionären Bewegung ein direktes chinesisches Eingreifen ohne weiteres möglich.

Neu ist die Aktivität des Flügels nicht. Schon 1951 hatte er den Rücktritt des amtierenden KP-Generalsekretärs Ajoy Gosh erzwungen, der allerdings sein Amt später wieder einnahm. Gosh, der jetzt die indische Delegation am Moskauer Parteitreffen leitet, gilt als Anhänger des gewaltlosen Umsturzes. Im Grenzkonflikt zwischen Neu Delhi und Peking ergriffen die Maoisten offen Partei für China, was infolge patriotischer Reaktionen zu einem gewissen Rückschlag führte. Aber sie fingen sich wieder auf. Die maoistische Theorie, dass Treue zu demokratischen Methoden nur in eine Sackgasse führen kann, erhielt gewichtige parteiinterne Unterstützung durch die Entwicklung in Kerala. Die Kommunisten gewannen in diesem 1956 gebildeten indischen Westküstenstaat bei den ersten Wahlen die relative Parlamentsmehrheit und bildeten die Regierung. Bei den letzten Wahlen wurde diese aber wieder gestürzt. Dies schwächte in der indischen KP die Moskauer Theorie, wonach auf dem Wege zur kommunistischen Machtübernahme die parlamentarischen Spielregeln eingehalten werden müssten.

In diesen Jahren und auch in diesen Tagen entscheidet es sich, ob man später den asiatischen Maoismus als weiteres Glied der ideologischen Kette Marxismus-Leninismus zufügen wird.

Militär

Sowjetunion

Im Bau von Atom-U-Booten zurück

Im Aegerer über die amerikanische Suche nach Stützpunkten für ihre U-Boote mit Polaris-Raketen bemerkte Chruschtschew vor einiger Zeit, das Staatsdepartement in Washington werde wohl wissen, dass auch die Sowjetunion über Atomunterseeboote mit Raketenrüstung verfüge. Die Einleitung «Wie Sie wissen, ...» ist eine geläufige Methode, um Informationen glaubhafter zu machen. Ob sie stimmen, ist eine andere Frage.

Es fällt auf, dass Chruschtschews Versicherung ziemlich isoliert dasteht. Der 43. Jahrestag der Oktoberrevolution mit seinen Machtkundgebungen hätte ja das beste Podium abgegeben, um sie zu unterstreichen. Aber weder der Erste stellvertretende Ministerpräsident Koslow noch Verteidigungsminister Malinowski nahmen die Behauptung auf. Dabei wurde die britische Provokation der Ueberlassung des schottischen Stützpunktes Holy Loch an die USA eingehend behandelt, so dass der Zusammenhang für die passende Gegendrohung auf der Hand gelegen wäre. Verfügt die Sowjetunion über eine Flotte von Atom-Unterseebooten? Ist eine solche in Bau? Welche aktuelle oder potentielle Macht stellt sie dar?

Bereits im Mai 1957 teilte das Kommando der Nato-Streitkräfte mit, dass die sowjetische Marine über Atom-U-Boote verfüge. Aber keines dieser Fahrzeuge ist in der Folge je mit Sicherheit gesichtet worden. Nur der mit Atomkraft angetriebene Eisbrecher «Lenin» lief im gleichen Jahr von Stapel. Seine ersten Fahrversuche unternahm er erst 1959, nach Behebung zahl-

reicher Konstruktionsmängel. Der Bau dieses Schiffes war unter starker Propaganda vorangetrieben worden, denn es diente zur Zeit der Koexistenz als Beispiel für die in der Sowjetunion geförderte friedliche Verwendung der Atomenergie.

Aufnahmen von sowjetischen Atom-U-Booten dagegen waren bisher auch in der jetzigen Epoche der augenfälligen Machtemonstration («Raketen wie Würste») in der sowjetischen Presse nicht zu finden. Der Schluss ist berechtigt, dass die Sowjetunion nicht über einsatzbereite Atom-U-Boote verfügt.

Laut Angaben aus dem Osten sind 1959 mindestens drei Atom-U-Boote in Molotowsk am Eismeer in Bau gegeben worden (Wasserverdrängung über 3000 Tonnen, Geschwindigkeit 25 Knoten = 46 km/h). Weitere Einheiten werden möglicherweise in Komsomolsk am Amur (sowjetischer Fern-Ost) konstruiert. Mit einer Fertigstellung ist aber kaum vor 1961/62 zu rechnen. Die Bewaffnung umfasst nebst Torpedorohren vermutlich Raketen der Typen «Golem», mit einer Reichweite von 500 bis 3600 km, «J-2» und «Komet» mit geringeren Reichweiten. Die amerikanischen «Polaris»-Raketen haben eine Reichweite von gut 2400 km.

Die Schlagkraft der sowjetischen Unterseebootflotte ist aber schon heute nicht zu unterschätzen. Eine ganze Anzahl «klassischer» U-Boote der Typen «W» und «Z» sind wahrscheinlich schon zur Aufnahme von Raketen eingerichtet, die teils über, teils unter Wasser abgefeuert werden können. Immerhin sind den Möglichkeiten dieser Einheiten Grenzen gesetzt. Atomunterseeboote haben einen unbeschränkten Aktionsradius und können praktisch an einem beliebigen Punkt der Meere fast ununterbrochen im Einsatz stehen.

Eine gefährliche «Bereicherung» der sowjetischen U-Boot-Waffe kann schon bald aktuell werden: ferngelenkte Torpedos mit atomaren Sprengköpfen, die von einem U-Boot in feindliche Häfen hinein gesteuert werden können. Versuche sind seit Jahren in Gang. Es ist damit zu rechnen, dass diese Entwicklungen in absehbarer Zeit «frontreif» werden.

In der Entwicklung von Atom-U-Booten haben aber die USA einen grossen Vorsprung, den die Sowjetunion in der nahen Zukunft nicht aufholen wird. Zehn amerikanische Einheiten sind fertig, 23 im Bau, nahezu so viel im Planungsstadium. Von den einsatzfertigen Booten sind gegenwärtig zwei Raketräger. Das eine kann vier «Regulus»-Raketen mitführen und das zweite 16 «Polaris»-Raketen. Neun andere Einheiten dieses Typs sind im Bau und können zum Teil schon in der nächsten Zeit in den Dienst gestellt werden.

Die sowjetische Atom-U-Boot-Flotte besteht dagegen vorläufig noch bestenfalls aus Prototypen. Von hier bis zur Vollproduktion, wie sie in Amerika schon läuft, ist noch ein beträchtlicher Weg. Die mit dem Atom-Eisbrecher gesammelten Erfahrungen können nur bedingt auf Unterseeboote übertragen werden.

Vieles hängt davon ab, wie stark die sowjetische Produktion forciert wird. Das Langstreckenraketen-Programm nahm bisher eine Vorzugsstellung ein, schon als psychologische Waffe im Kalten Krieg.

Die Gefahr der sowjetischen Atom-U-Boote ist im Auge zu behalten, aber sie ist noch nicht akut.

Presse

Jugoslawien

Da Uno-Ziele bekannt sind

Veröffentlichungen, die gegen die Ziele der Vereinten Nationen gerichtet sind, werden in Jugoslawien verboten. Das bestimmt das neue Pressegesetz, das Ende Oktober vom Parlament angenommen und Anfang November bekanntgegeben wurde. Nebst der Uno schützt Tito auch sich selbst, denn ein weiterer Paragraph untersagt die Verbreitung von Druck-Erzeugnissen und andern Informationen, welche die Ehre der jugoslawischen Völker oder des Staatspräsidenten beleidigen. Alle Verbote müssen gerichtlich verfügt werden.

Im übrigen bejaht das Gesetz die Pressefreiheit, gewährt dem Bürger das Recht öffentlicher Stellungnahme gegen Verleumdung und üble Nachrede, schützt den Staat vor der Publikation militärischer oder wirtschaftlicher Geheimnisse und unterbindet die Verbreitung unmoralischer und erziehungsabträglicher Schriften.

Ungarn

Anonymes

Anonyme Leserbriefe an die Zeitungsredaktionen in Ungarn nehmen zu, weil die führenden Amts- und Wirtschafts-persönlichkeiten offene Kritiken übelnehmen. Zu diesem Schluss kommt wenigstens «Delmagyarorszag» in einem ausführlichen Artikel über die Unantastbarkeit von Hochgestellten.

Beanstandungen an Inhaber wichtiger Posten würden später, oft indirekt, mit Repressalien beantwortet. Entlassungen «wegen Reorganisation» seien manchmal noch längere Zeit nach der geäußerten Kritik der Lohn für ein offenes Wort.

Arbeitsdisziplin

Faulenzer und Schwänzer im Paradies der Arbeit

Parasiten, Schmarotzer, Hooligans, Spekulant und arbeitsscheue Elemente sind auch in Bulgarien nicht beliebt, weshalb denn die Kampagne gegen diese Sorte von Menschen, vor allem die Jugendlichen, bedeutend verschärft wurde («Narodna Mladez», 26. Oktober 1960). Um das Uebel, das infolge des zu häufigen Arbeitsplatzwechsels der Jugendlichen die Erfüllung der «Pläne» erschwert, an der Wurzel zu erfassen, werden nun nicht mehr bloss die Hooligans und Schmarotzer der Gesellschaft an der Strippe genommen, sondern das Organ des Jugendverbandes der Kommunistischen Partei fordert, dass in Zukunft auch die Eltern zur Verantwortung gezogen werden, welche solche «negative Elemente» erzogen haben.

«Die Kommunisten, Gewerkschafter und alle ehrlichen Leute im Schacht im Ostrauer Kohlenrevier (Tschechoslowakei) haben sich nach der Zeitung «Nova Svoboda» vom 13. Oktober entschlossen, mit den Bummelern konsequent abzurechnen. Alle diejenigen, welche man auffinden konnte, mussten sich am Mittwoch ... vor dem Schacht versammeln. In einer kurzen Betriebskonferenz ... wurden dann alle Schmarotzertaten dieser Menschen ent-

hüllt. Die unverbesserlichen Schwänzer... wurden gleich in Haft genommen, gegen weitere Bummler wird nach gründlicher Untersuchung Strafklage erhoben werden und man wird sie direkt am Schacht, vor allen Arbeitern, verurteilen. Allen jenen, die sich verpflichtet haben, sich zu bessern und ordentlich zu arbeiten, haben die Genossen gesagt: 'Noch ein einziges Schwänzen — und ihr geht in Haft. Der Schacht und die ehrlichen Kumpels wollen euretwegen nicht mehr draufzahlen.' Die Schwänzer haben in diesem Kohlenrevier fast 300 000 Arbeitsschichten versäumt und die Wirtschaft um mindestens eine halbe Million Tonnen Kohlen bestohlen.»

Ganze Brigaden schlafen während der Nachtschicht, nämlich in den Fabriken von Csepel (Ungarn), wie die «Nepszava» am 26. Oktober zu berichten weiss. Sie fordert daher mehr Kontrollorgane. «Das Schlafen ist, auch wenn es nur ein paar Minuten dauert und dazu dient, frische Kräfte zu sammeln, eine unverzeihliche Sünde. Die Entschuldigung der beim Schlafen ertappten Arbeiter lautet gewöhnlich: 'Wir arbeiten im Stücklohn und haben das vorgeschriebene Pensum schon erledigt', oder: 'Wir haben keine Arbeit.' Die höheren technischen und administrativen Vorgesetzten inspizieren die Nachtschichten nur selten, und so wissen sie auch nicht, dass zu wenig Arbeit oder Material vorhanden ist. Diesen Fehler müssen die Arbeiter büssen, denn man bestellt sie zur Arbeit, und wenn es keine solche und kein Material gibt, erhalten sie anstelle des Stundenlohnes von 9 Forint nur 4,80. Statt zu Hause im Bett zu schlafen, schlagen sie die Zeit damit tot, Unterhaltungen zu führen oder die Nacht in irgendeinem Winkel zu verschlafen.»

Der Kampf gegen Faulenzer und Müssiggänger geht auch in den Sowjet-Kolchosen scharf vor sich, so berichtet die Moskauer Zeitschrift «Patijnaja Schizn». Sie erwähnt sogar namentlich die Frau eines Traktorführers, die sich seit Jahren nicht an der Gemeinschaftsarbeit des Kolchos beteiligte, sondern von ihrem Mann erhalten liess. Sie wurde öffentlich getadelt und in der Wandzeitung des Kolchos erschien eine Karikatur von ihr. Die Folge war, dass sie sich in die gemeinschaftsnützliche Arbeit einschaltete. Die Kulturklubs und das Kino — so schreibt die Zeitschrift — würden vor allem von diesen Müssiggängern aufgesucht, während die fleissigen Kolchosbauern arbeiteten.

Musik

Ungarn

Die Musiker spielen falsch

Die Musiker Ungarns mussten sich am 27. Oktober von der «Nepszabadsag» sagen lassen, dass ihre Programme in den Vergnügungslökalen in letzter Zeit zu «kitschig» und zu «kosmopolitisch» seien. Um solchen Missständen abzuwehren, wird das Aufsichtsorgan der Unterhaltungsmusiker und Sänger von seinem Mitspracherecht bei der Zusammenstellung der Programme energischer Gebrauch machen als bisher. Das soll vor allem durch Erziehung und Ueberzeugung geschehen. Es wurden daher sogenannte Fachstudios organisiert, welche die Künstler des Tons weiterbilden sollen.

Daneben werden regelmässig musikgeschichtliche, atheistische und politische Vorträge gehalten, um sie zu schulen, wobei auch die moralische Seite nicht zu kurz kommen soll.

Propaganda

Ungarn

Strafgesetz vergessen

Selbst die offizielle Wirklichkeit ausser acht gelassen, hat die in deutscher Sprache erscheinende Propagandazeitschrift «Ungarische Rundschau».

Bei einer Schilderung «alter, vertrauter Sitten» wird liebevoll ausgemalt, wie ein junges Ehepaar sich erst in der Kirche und dann auf dem Standesamt trauen lässt.

Aber in Wirklichkeit muss die Reihenfolge 1. Standesamt, 2. (wenn's unbedingt sein muss) Kirche strikte eingehalten werden. Laut BHOe (Strafgesetzbuch) Artikel 314/A, § 1, kann ein Priester, der vorzeitig die kirchliche Trauung vornimmt, mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft werden.

Bemerkenswert ist, dass der Schreiber des Werbeartikels wegen Propagierung eines Deliktes theoretisch ebenfalls bestraft werden könnte (BHOe, Artikel 29, § 1).

Kunst

UdSSR

Positive Helden langweilen

Der Sowjetmensch muss überzeugt sein, dass er glücklich ist, dass sein Leben lebenswert ist — und dazu ist das Theater eines der Mittel.

So lautet wenigstens die Parteiparole in der UdSSR. Wie die Sache allerdings in Wirklichkeit aussieht, darüber berichtet uns ein Mitarbeiter.

Von allen Seiten ertönt der Ruf nach ideologisch hochwertigen Theaterstücken, die die sozialistische Wirklichkeit, den kommunistischen Aufbau und den «positiven Helden der Gegenwart» zeigen sollten (KB, Nr. 42). Die Theaterleiter werden beschuldigt, aus finanziellen Gründen hauptsächlich Werke der Klassiker der russischen Literatur sowie ausländische und einheimische «leichte» Stücke von zweifelhaftem künstlerischem Wert aufzuführen und wenig Interesse für moderne Theaterstücke im Stil des sozialistischen Realismus zu zeigen.

Jedes Jahr versprechen die Theaterdirektoren, ihr «Plansoll» an zeitgenössischen Werken zu erfüllen, aber es bleibt immer beim alten.

Denn die Besucher suchen im Theater Erholung, weil sie schon durch das Radio, in der Presse, in der Literatur und an Versammlungen pausenlos über die Vorzüge des sozialistischen Systems, über die patriotische Pflicht, die Produktionspläne zu erfüllen und über die gewünschten Eigenschaften der Sowjetmenschen hören und lesen, so wollen sie nicht auch im Theater den obligaten «Helden unserer Zeit» sehen, der sich der Sprache der «Prawda»-Leitartikel bedient.

Was die Parteigewaltigen und ihre Helfer im Schriftstellerverband besonders aufregt, ist die Tatsache, dass im Falle des Theaters die Reaktion der Sowjetbürger

unzweideutig ablehnend ist und dass bei der Aufführung zeitgenössischer Werke die Theatersäle halbleer stehen.

Trotzdem schrieb Regisseur Ravenskich in der Zeitschrift «Teatr», dass die Kunst für den Menschen nur «ein Vergnügen sein sollte, weil sie zu viel gelitten haben», womit er den Zorn der Partei auf sich zog, die die These folgendermassen ergänzte und damit auch entkräftete: «Das Theater muss unbedingt Freude bereiten und Befriedigung, es muss dem Zuschauer das Schöne im Leben zeigen, und es muss ihn davon überzeugen, dass dieses Schöne bereits existiert.»

Die Schwierigkeit des Problems liegt wohl darin begründet, dass es leichter ist, den «positiven Helden» der Sowjetgesellschaft zu beschreiben, als ihn auf der Bühne darzustellen. Die Verwandlungskunst der Schauspieler hat eben ihre Grenzen, und wenn so eine propagandistische Schablonenfigur trotzdem auf den «Brettern» erscheint, ist der Saal halbleer. Der sowjetische «Held» will einfach nicht auf die Bühne passen.

Die afrikanischen Studenten in der Sowjetunion haben sich geweigert, eine gemeinsame Erklärung

Unser Memo

gegen jene drei nigerischen Studenten abzugeben, deren Ausweisung von der Moskauer Medizinischen Hochschule Ende September 'grösseres Aufsehen erregte. Diese Schlussfolgerung dürfte sich jedenfalls aus einer Stellungnahme der in der Sowjetunion studierenden irakischen Studentenschaft ziehen lassen, die mit mehr als einem Monat Verspätung in der «Kasakstanskaja Prawda» die offizielle sowjetische Version des Zwischenfalles unterstützte. Die drei Afrikaner hatten in Westdeutschland von rassistischer Diskriminierung von Negerstudenten in der Sowjetunion berichtet. Die Erklärungen fanden naturgemäss einen starken Widerhall, und die Moskauer Presse beeilte sich, die drei Studenten als Verleumder zu bezeichnen, die wegen schlechten Benehmens gemassregelt worden seien und sich nun rächen wollten. Dann verstrichen die Wochen bis zur irakischen Darstellung am 2. Nov. Logisch wäre es gewesen, wenn sich nigerische oder allgemein afrikanische Studenten geäussert hätten, möglich gewesen wäre auch eine Erklärung des Verbandes ausländischer Studenten in der Sowjetunion, der existiert. Warum also die unrepräsentative irakische Erklärung? Und warum so spät? Doch offensichtlich, weil in der Zwischenzeit weder die afrikanischen Studenten noch der allgemeine ausländische Studentenverband zu bewegen waren, sich im gewünschten Sinne auszusprechen.

Die Zurückhaltung der afrikanischen Studenten bedeutet freilich nicht, dass sie sich in der Sowjetunion unbedingt unglücklich fühlen. Aber anscheinend fühlen sie sich auch nicht überglücklich und erachten gelegentliche Diskriminierung als möglich. Vor allem aber zeigt ihr Schweigen, dass sie nicht ohne weiteres willens sind, sich für politische Zwecke blindlings einzusetzen zu lassen. Ein Merkmal, das auch sonst für afrikanische Politik zu Hoffnungen Anlass gibt: Sympathisieren mit dem Kommunismus und Unterordnung den Zielen des Kremls gegenüber sind noch zweierlei.

Der Schnappschuss

Der Polizeichef von Transkei, dem grössten Eingeborenenreservat der Südafrikanischen Union, organisierte in Bizana ein grosses Treffen für 15 000 Angehörige des Pondo-stammes. Anwesend waren dann der Polizeichef selbst nebst einigen Beamten. Dazu kamen noch zwei, drei weisse Journalisten*

«Ihr Barmherzigen, die ihr über das Los der Neger so viel gerührte Tränen vergossen habt, ihr sensiblen Seelen, bewegte Leserinnen des guten ‚Onkels Tom‘, habt ihr nicht eine Träne für die Weissen zurückbehalten? Wisst ihr wohl, dass in Russland, in Rumänien, allgemein in Osteuropa 60 Millionen leben, die unglücklicher sind als die Schwarzen? Was werden wir für diese Menschen tun, die unserer Anteilnahme so sehr bedürfen? Was wird der Westen tun? Nichts.»

Das schrieb Jules Michelet im Jahre 1853.

Allen Freundschaftsbezeugungen zum Trotz ist die aussenpolitische Linie Moskaus und Pekings noch nicht gleichgeschaltet. Hier war die Reaktion auf die Wahl Kennedys betont freundlich, dort betont feindselig.*

Was ihnen Worte wert sind: Ein Preisausschreiben der russischen Föderation für Schullehrbücher sieht Prämien von 40 000, 20 000 und 5000 Rubel für Werke von 6 bis 8 Druckbogen vor. Der erste Preis für eine grössere Arbeit von 25 Bogen beträgt 50 000 Rubel.

kurz

Zu den politischen Sorgen der türkischen Regierung dürften sich bald die Sorgen um eine Lebensmittelkrise hinzugesellen, hervorgerufen durch die hohe Wachstumsrate der Bevölkerung von drei Prozent im Jahr. Die im Oktober durchgeführte Volkszählung ergab eine Einwohnerzahl von 27 776 000 oder 3 711 000 mehr als vor fünf Jahren. 1927 waren lediglich 13 500 000 Einwohner registriert worden.

In Ceylon haben die Bestrebungen zu verstärkter Regierungskontrolle (KB, 2.11.60) zu einer scharfen Reaktion auf dem Gebiete des Schulwesens geführt. Gesetzesentwürfe, wonach subventionierte konfessionelle Schulen unter völlige Staatskontrolle kommen sollen, werden namentlich von katholischen Kreisen mit Resolutionen und Grosskundgebungen bekämpft. Auch der britische Generalgouverneur soll in diesen Schulkrieg einbezogen werden.

Frau Bandaranaike drohte am 7. November, die Regierung werde sich in der Schulfrage gegen antinationale und antisoziale Kräfte vorzusehen wissen.

Marktforschung nach westlichem Muster wird in der Sowjetunion und mehreren Satellitenstaaten, insbesondere Ungarn, in vermehrtem Masse gefordert. Die Ueberproduktion gewisser Konsumgüter unter den planwirtschaftlichen Anleitungen von oben macht sich in Absatzschwierigkeiten bemerkbar.

Das sowjetische Regierungsblatt «Iswestija» befürwortet den Ausbau eines europäischen Kanalnetzes, auf dem direkte Fahrten von Moskau nach Paris möglich werden sollen. Der entsprechende Plan soll von der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa bereits gebilligt worden sein.

Drei grosse jüdische Organisationen protestieren bei der Uno gegen Diskriminierung durch die Sowjets. Den Moskauer Behörden wird vorgeworfen, die jüdische Auswanderung, welche der Vereinigung von getrennten Familienangehörigen dient, in der Praxis zu hintertreiben.

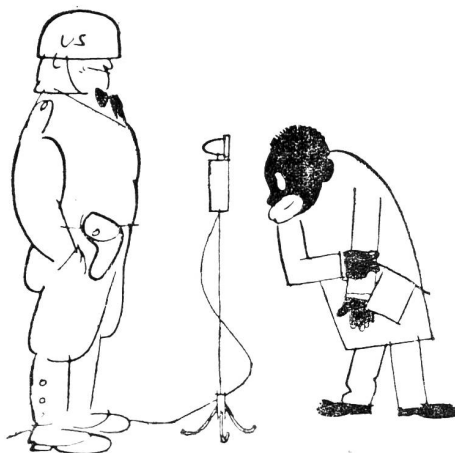
Literatur und bildende Kunst in der Sowjetunion bemächtigen sich mehr und mehr des Themas «algerischer Befreiungskrieg». Die Darstellungen reichen von symbolischen Bildwerken bis zur realistischen Beschreibung französischer Unterdrückung.

In eigentlichen Kampagnen der Bevölkerung Rechenschaft ablegen, müssen die Volksrichter, die in bevorstehenden Wahlen von Usbekistan wiedergewählt werden wollen. Es gibt welche, die in den ersten zehn Monaten dieses Jahres 22mal Rechenschaft ablegten. («Prawda Wostoka», Taskent.)

So sieht es die Ostkolonie

In den östlichen Zeitungsglossen nimmt die westliche Kolonialpolitik als Thema einen beträchtlichen Raum ein, nicht zuletzt in den von der Sowjetunion kolonialisierten Satellitenstaaten. Dieses Beispiel als kommunistische Illustration zur Kongodebatte vor der Uno kommt aus Bulgarien, das über eine Reihe guter politischer Karikaturisten verfügt.

«Otetschestven Front» lässt in einer geschickten Darstellung die kongolesische Unabhängigkeit vom Westen sich selbst widersprechen. Mobutu (zu den USA): «Darf ich einige Worte über unsere Unabhängigkeit sagen?»



Curriculum der Woche

JOSEPH KASAVUBU

Präsident der Republik Kongo. Geboren 1910 in Tschela (Mayumbe). Nach Primarschule und ersten Mittelschuljahren Philosophiestudium. Sodann Vorsteher einer Primarschule. 1942 Beamter im Finanzdep. der belgischen Verwaltung in Léopoldville, versieht diesen Posten 14 Jahre lang. 1950 Mitglied der «Abako»-Partei, einer Vereinigung der Stämme an der Kongomündung. Diese Organisation setzt sich für die Wiedererrichtung des alten Kongoreiches unter Einschluss von Gebieten des heutigen Angola und der französischen Kongorepublik ein. 1954 Abako-Präsident; baut die Partei zu einer politischen Macht aus. 1957 Bürgermeister der afrikanischen Gemeinde Dendale in Léopoldville. Wird nach den von «Abako» angezettelten blutigen Unruhen vom Januar 1959 in Léopoldville verhaftet, nach zwei Monaten aber wieder freigelassen. Verlangt dann Gründung einer Kongo-Zentralrepublik und gibt Boykottparole für die Gemeinderatswahlen vom Dezember aus. Verlässt im Januar des folgenden Jahres Brüsseler Gespräche beim Eintreffen Lumumbas. Kurz vor der Proklamierung der Unabhängigkeit (30. Juni 1960) von den beiden Parlamentskammern zum ersten Präsidenten der neuen Republik gewählt, während sein Opponent Lumumba Regierungschef wurde. Kasavubu vertritt ein föderalistisches, Lumumba ein zentralistisches Prinzip. Während Lumumba in den folgenden, gegenwärtig in Anwesenheit Kasavubus in der Uno behandelten Wirren, von Oberst Mobutu faktisch seines Amtes entsetzt wird, kann sich der Staatspräsident auf seinem Posten halten. Verheiratet, sieben Kinder.

PATRICE LUMUMBA

Nicht amtierender Ministerpräsident des Kongos. Geboren 2. Juli 1925 in Katoko-Kombe (Provinz Kasai). In protestantischen und katholischen Missionsschulen um Stanleyville erzogen. Verlässt Schule mit 18 Jahren und wird Postangestellter in Stanleyville. Nach zwei Jahren wegen Unterschlagung entlassen und Uebersiedlung nach Léopoldville, wo er erst in einem Advokaturbüro und später als Direktor einer Brauerei arbeitet. Gewinnt zu dieser Zeit Ruf als Redner. 1956 Reise nach Belgien. 1956 gründet Lumumba den nationalistischen «Mouvement National Congolais» (MNC) mit zentralistischer Tendenz, die im Gegensatz zu der von Kasavubus Abako-Partei erstrebten Stammesföderation steht. 1959 verhaftet, gewinnt aber aus dem Gefängnis heraus 90 Prozent der Stimmen Stanleyvilles bei den Gemeinderatswahlen vom Dezember. Januar 1960 Teilnahme an den Brüsseler Gesprächen. Nach Regierungsübernahme im Juni versucht Lumumba seine Macht mit kommunistischer Unterstützung zu halten, wird aber doch gestürzt, wenn er auch formell im Amt bleibt, und steht heute unter Uno-Schutz. Sein Einfluss ist noch stark.